

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitslosengehilfe 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebot 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 49

Duisburg, den 6. Dezember 1924

25. Jahrgang

## Was will das Unternehmertum?

Wir wollen offen die Frage stellen: Stimmt uns nicht das Wort „Volkswirtschaft, Volksgemeinschaft“ aus manchem Munde mehr als skeptisch? Haben wir nicht ein Gefühl des — nun wir wollen es gelinde ausdrücken — Unbehagens, wenn aus gewissen Tagungen, Zeitschriften, Broschüren so selbstbewußt das Wort Volksgemeinschaftsgelb uns entgegen klingt und in gleichem Atemzuge aus oft sehr merkwürdigen Motiven Betrieb auf Betrieb geschlossen und die Arbeiterkraft der Erwerbslosigkeit überantwortet wird? Es ist daher schon mehr als schwer, bei manchen Reden über Volksgemeinschaft u. Stützung des Staates zwisch. Diplomatie oder offener Ueberzeugung zu unterscheiden. Das Arbeitgeberertum, das in dem gefestigten und dem Unternehmertum freundlich gesinnten alten Staat auf das „windige Zeug“, genannt öffentliche Meinung, etwas pflift, hat heute mit jettener Zielstrebigkeit das Mittel zur Bewegung der öffentlichen Meinung erfaßt. Und zwar das Arbeitgeberertum ganz allgemein, wobei gewisse Schichten, die sich geschickt das pseudodemokratische Mantelchen umhängen wissen, für die Arbeiterschaft viel gefährlicher sind als etwa auch die heute noch nicht ganz aus den Kanonenschießen brutaler Ehrlichkeit herausgekommenen Herren von Kohle und Eisen, deren Ziele meistens sehr offen und einseitig sind. Die Bearbeitung von Presse, Regierungsstellen und Parlament geschieht mit einer Achtung abzwingenden Energie.

Es ist ohne Zweifel — und das müssen auch die Arbeiter neidlos anerkennen — ein Zeichen von gewisser Kultur und innerer Kräftebewußtheit, daß die Arbeitgeber nicht nur nach außen in die Erscheinung tretende Einigkeit pflegen, sondern auch ein Zeichen von Klugheit, daß sie es vermeiden, irgend welche parteipolitischen oder konfessionellen Jantäpfel in ihre Vereinigungen zu werfen. Das Unternehmertum ist weitblickend genug, um einzusehen, daß Parteipolitik eine gemeinsame wirtschaftliche Interessenvertretung wohl sprengen, aber niemals fördern kann. Und darin liegt der ungeheure Vorsprung der Arbeitgeberverbände vor der Arbeiterschaft, daß sie innerhalb ihrer Reihen keine parteipolitischen Auseinandersetzungen dulden. Die christlichen Gewerkschaften hatten von jeher klar erkannt, worin der Grund der Schwäche der Arbeiterschaft zu suchen war. Zum Teil in der Gleichgültigkeit, zum meißten aber in der parteipolitischen Zerissenheit, mit der die Sozialisten die deutsche Arbeiterschaft „besüßd“ haben.

Aber nach der andern Seite hin zeigt das Unternehmertum auch wie weit selbst noch trotz der vielen Reden über Volksgemeinschaft der Weg vom reinen privatwirtschaftlich-kaufmännischen Denken zu dem erstens eines volkswirtschaftlichen Gedankens ist. Das soll keineswegs bezagen, als ob volkswirtschaftliches und privatwirtschaftliches Denken sich ausschließende Gegensätze seien. Die privatwirtschaftliche Ueberlegung geht vom Nutzen aus, von der Rentabilität, vom Profit, aber auch die volkswirtschaftliche Ueberlegung, das volkswirtschaftliche Denken wird ohne Einstellung auf Rentabilität in der Wirtschaft nichts erreichen. Woraus es ankommt, ist, daß die Privatwirtschaft nicht ungenügend, ziellos über das wirtschaftliche Schaffen eines Volkes dahindraufen darf, sondern sich orientieren muß an den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten, an den Daseinsmöglichkeiten und dem kulturellen Leben eines Volkes. Gerade das Erfassen der Gesamtsituation des Volkes und der Wirtschaft stellt heute leider einem großen Teil des deutschen Unternehmertums und es scheint tatsächlich, als ob es seine volkswirtschaftlichen Funktionen noch nicht voll begriffen hätte. Denn der Betrieb oder das Unternehmen stehen doch nicht losgelöst von der Gesamtwirtschaft da, sie sind doch nicht allein auf Gottes weiter Welt und das Zusammenfallen in Kartellen, Syndikaten oder Preisstimmungen beschränkt noch gar nicht in Bezug auf volkswirtschaftliche Denken. Es stimmt schon, was der „Unternehmer“ Januar-Februar 1924, u. der rein privatwirtschaftlichen Einstellung der meisten Unternehmer sagt:

„Diejenigen, die über die Geschichte unseres Volkes entscheiden und das sind in erster Linie mit die Unternehmer, müßten in der Lage sein, alle einseitige Interessen-Einstellung ausschalten zu können und die Fähigkeit besitzen, bei allen die Allgemeinheit angehenden Fragen sich auch in die Wünsche und Empfindungen der Allgemeinheit einzufühlen. Wer seine Be-

triebsbrille nicht vorübergehend ablegen kann, erlangt diese Fähigkeiten nie.“

In diesen Ausführungen liegt der Vorwurf des Mangels an volkswirtschaftlichem Denken des Unternehmertums. Die Erfahrungen des 19. Jahrhunderts und besonders zu Beginn des zwanzigsten haben gezeigt, daß die Ueberordnung der Wirtschaftskräfte über Volksgesundheit, Volksgesittung und politische Daseinsicherung des Volkes letzten Endes den Bestand von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft selbst gefährden. So wenig eine Staatspolitik einer Untertarifpolitik, d. h. einem die Wirtschaft schädigenden Rückgang der Kapitalsubstanz ruhig zusehen darf, denn dabei würde sie selbst mitleiden, noch weniger darf sie der Untertarifpolitik tatenlos zusehen, weil diese am wertvollsten Produktivkapital, an der menschlichen Arbeitskraft, der Arbeitsfreude und der Arbeitskultur zehrt. Es wäre aber vollständig verkehrt, wollte sich die Arbeiterschaft dabei allein auf die Staatshilfe verlassen. Der Staat kann wohl einzelne Normen geben, aber ohne Selbsthilfebestrebungen, ohne die Gewerkschaften würde die Arbeiterschaft tatsächlich aus der Untertarifpolitik nicht herauskommen. Das sprechende Beispiel dafür ist Rußland.

Die Stellungnahme der Wirtschaftskreise zu Arbeitsrecht und Sozialpolitik wird angeblich geleitet von dem Wunsche nach Steigerung der Produktivität der Wirtschaft. Das trifft bei gewissen Unternehmern ohne Zweifel zu. Man wird sich auch der Dringlichkeit der Lösung dieser Frage nicht verschließen können, weil nur durch eine vermehrte und verbilligte Produktion eine wirkliche Preisregulierung möglich ist und deshalb hat auch die Arbeiterschaft und haben der Staat das größte Interesse daran. Aber zu verwerfen ist, wenn heute plötzlich das Unternehmertum dazu übergeht, die Kosten für die gesteigerte Produktion allein auf die Arbeiterschaft abzuwälzen und wenn sich vielerorts die Unternehmer nicht einmal an die getroffenen Arbeitszeitabkommen halten, sondern sie nach Gutdünken zu durchbrechen suchen. Dann wird man allerdings den Gedanken nicht los, daß die so wunderbar proklamierte Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität in Wirklichkeit nur ein neu einsetzender Kampf von Produktionsziffern und der damit verbundenen „Expansion des Gewinnes“ ist. Beides aber ist heute keine reine Privatangelegenheit des Betriebes mehr, sondern eine Sache der Allgemeinheit geworden. Der Instinkt der Masse hat etwas richtiges erfaßt, wenn er fordert, daß der Gewinnertrag der Ueberarbeit dem Staat und damit der Volksgemeinschaft zugute kommen soll.

Bei dem Kapitel Arbeitsrecht und Lohnpolitik scheiden sich im Unternehmertum die Geister. Dem verständigen, auf dem Boden der Arbeiterschaft stehenden Unternehmer tritt der Typ des Scharfmachers stark entgegen. Diese Klassenkampfespezifische radikale Spezies ist das Gegenstück zum Klassenkämpferisch-revolutionären Arbeiter. Allerdings mit dem Unterschied, daß der Scharfmacher zielbewußt und konsequenz handelt, wo die revolutionäre Arbeiterschaft in hohen Phrasen und Schlagworten salbeter. Dieser Scharfmachertyp, seine ausgeprägtesten Figuren sitzen in den Syndikatsstellen und bei den Arbeitgeberverbänden, beginnt allmählich durch seine Regsamkeit Gehörtsausdruck des gesamten Arbeitgeberertums zu werden, wenn auch sicherlich eine ganze Anzahl Unternehmer von dem Scharfmachertum nicht viel wissen will, aber sie hat nicht den Mut, offen dagegen Stellung zu nehmen.

Man kann sich gewisser Schlussfolgerungen nicht erwehren, wenn man die Stellungnahme des deutschen Unternehmertums seit 1923 sieht und es gehört schon guter Wille dazu, um nur an die politische Zwangsläufigkeit, der Geschehnisse zu glauben. Man sehe sich nur einmal die Parallelen an. Arbeitgeberertum — Inflation — finanzielle und ideelle Schwächung der Arbeiterschaft; Stabilisierungskrise — Arbeitslosigkeit — organisierte und rechtliche Schwächung der Arbeiterschaft. In der Arbeiterschaft wollte man doch wohl endgültig die Gewerkschaftsbewegung treffen. Ob man sich da auch von „volkswirtschaftlichen Erwägungen“ leiten ließ? Heute sind wir leider gezwungen, anzunehmen, daß große Teile des Unternehmertums das volkswirtschaftliche Denken verlernt haben. Es scheint doch an der Zeit zu sein, sich auf die große Tradition zu begeben, daß der Zweck der Arbeit das Gesamtwohl sein soll.

auf die Herstellung von Exportware verzichteten. Eventuelle Zollserhöhungen würden auch die großen Werke dazu zwingen. Damit wird die Blech verarbeitende Industrie, die in der Vorkriegszeit maßgeblich auf dem Weltmarkt war, aus diesem völlig verschwinden. Bei der Verarmung des deutschen Volkes wird der Inlandsmarkt keinen Ersatz für die ausfallenden Exportaufträge bieten können. Die Kartellierungsbestrebungen der Schwerindustrie lassen die Zukunft für die verarbeitende Industrie noch weniger hoffnungsvoll erscheinen.“

Wenn wir auch nicht von vornherein jedes Wort als wahr annehmen, denn keiner versteht das Klagen besser als die Industrie, so ist es doch sehr interessant zu erfahren, aus welchen großen Posten sich die „Verlustpreise“ der Schwerindustrie zusammensetzen. Dann braucht man sich nicht zu wundern über hohe Materialpreise. Das widerlegt aber auch besser als alles andere das törichte Gerüde von der Leistungsunfähigkeit der Industrie wegen der zu hohen Löhne.

## Verbandsarbeit lohnt sich

Durch unermüdete Arbeit unseres Verbandes ist es gelungen, für unsere Kollegen in der letzten Zeit Lohnerhöhungen zu erringen, die sich in Anbetracht der schwierigen Situation wirklich sehen lassen können, wenn auch damit noch kein völliger Ausgleich erzielt ist, auf den unser Verband hinarbeitet. Die höheren Löhne wurden erzielt durch freie Vereinbarung oder Schiedsprüfung.

Metallindustrie Wuppertal: Die Spitzenlöhne stiegen für Facharbeiter von 55 Pfg. auf 58 Pfg., angeleitete Facharbeiter von 50 Pfg. auf 53 Pfg., Hilfsarbeiter von 44 auf 46 Pfg., Arbeiterinnen von 33 auf 35 Pfg. und für Lehrlinge von 27 auf 28 Pfennig.

Metallgewerbe Barmen-Eiberfeld: Gruppe A: Klempner und Installateure 76 Pfg., bisher 68 Pfg., Hilfsarbeiter 81 Pfg., bisher 58 Pfg.; Gruppe B: Elektromonteur 76 Pfg., bisher 69 Pfg., Hilfsarbeiter 81 Pfg., bisher 58 Pfg.; Gruppe C: Schlosser und Schmiede 72 Pfg., bisher 68 Pfg., Hilfsarbeiter 61 Pfennig, bisher 58 Pfg.

Mitteldeutsche Metallindustrie: Der Lohn der über 23 Jahre alten Facharbeiter wird von 53 auf 56 Pfg. erhöht. Die Sätze für die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen erhöhen sich im gleichen Verhältnis.

Pforzheimer Schmutzwarenindustrie: Die Löhne erhöhen sich in der Spitze bei Arbeitern um 5, bei Arbeiterinnen um 2 Pfg., oder 10 Prozent und 5 Prozent in beiden Fällen. Der gelernte Arbeiter hat jetzt 57 Pfg., die gelernte Arbeiterin 42, der ungelernete Arbeiter 47, die ungelernete Arbeiterin 32 Pfg.

Die Kolleginnen und Kollegen mögen sich nur einmal die Frage beantworten, ob das vielleicht ohne den Verband erreicht worden wäre. Die Antwort darauf muß aber dann auch die Konsequenz nach sich ziehen, mit allen Mitteln an der Stärkung der Organisation und der Ausgestaltung der Finanzen zu arbeiten.

## Eine glänzende Leistung

vollführten im November an vier Sonntagen 28 Kollegen im Oberhausen bei der Hausagitation. Es war der beste Beweis dafür, daß man gerade in der Hausagitation gute Erfolge erzielen kann, wenn nur eifrige Vertrauensleute die Sache in die Hand nehmen.

Aufgesucht wurden	329 Kollegen
Wiedergewonnen	132 Kollegen
Neuaufnahmen	67 Kollegen
Uebertritte	5 Kollegen
Zusammen	204 Kollegen

In einem solchen Resultat sollen sich diejenigen Ortsverwaltungen ein Beispiel nehmen, wo die leitenden Kollegen unter allen möglichen Ausreden „besondere Verhältnisse“, „wir haben keine Mitarbeiter“ usw. die Agitation auf die lange Bank schieben. Es gibt Ortsverwaltungen, in denen im letzten Monat keine einzige Aufnahme gemacht worden ist. Wollen da nicht doch die Kollegen ihr eigenes Schuldkonto ansehen. Es liegt eben nicht nur an „den anderen“. Wenn auch nur zwei eifrige Kollegen zur Agitation griffen, würden wenigstens einige Resultate zu verzeichnen sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir in den nächsten Monaten unseres Organs solche Ortsgruppen scharfer aufs Korn nehmen und sie an ihre Pflicht mahnen. Denn die ganze Agitation geschieht doch nur zur Festigung der eigenen Arbeiterlage, um durch mögliche Stärkung der Organisation die berechtigten Metallarbeiterinteressen vertreten zu können.

## „Je länger die Arbeitszeit, desto geringer die Unfallgefahr“

In der Broschüre über die Arbeitszeitfrage in Deutschland, herausgegeben von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, wird im Inhalt und in der Anlage 12 auf die Unfallereignisse und -gründe hingewiesen. Unter anderem wird festgestellt, daß die größte Zahl der Unfälle im ersten Drittel der Schicht liegt, woraus die Arbeitgeber schlussfolgern, daß je länger die Arbeitszeit, um so geringer die Unfallgefahr sei. Diesen Standpunkt vertrat auch der Herr Dr. Schellwald von der Friedrich-Alfred-Hütte gelegentlich der Besichtigung der August-Thyssen-Hütte in Hamborn durch den Reichswirtschaftsrat. Unser Bezirksleiter Burgard, welcher ebenfalls an der Besichtigung teilnahm, hatte an dem Tage nicht Gelegenheit, auf die Ausführungen des Arbeitgebervertreters einzugehen und richtete am 11. 11. 24 daher folgendes Schreiben an den Reichswirtschaftsrat:

„Anlässlich der Besichtigung der August-Thyssen-Hütte in Hamborn am Dienstag, dem 4. November 1924, wurde von dem Sachverständigen Herrn Dr. Schellwald u. a. auf die Zahl der Unfälle hingewiesen. An Hand eigens zu dem Zweck zusammengefallenen Materials wies er nach, daß die meisten Unfälle sich im ersten Drittel der Schicht ereignen, sowohl bei der Tag- als auch bei der Nachtschicht. Herr Dr. Schellwald verjuchte den Nachweis zu erbringen, daß die lange Schichtdauer mit der Unfallgefahr in keinem Verhältnis steht.

Ich habe darauf die Erklärung abgegeben, daß ich auf diese Ausführungen schriftlich antworten würde. Was die Zahl der Unfälle betrifft, so steht fest, wenn die Friedrich-Alfred-Hütte Rheinhausen als Beispiel angezogen wird, wie es Herr Doktor Schellwald tat, die Zahl der Unfälle bei der jetzigen Arbeitszeit erheblich höher ist, als bei der achtstündigen Arbeitszeit.

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. September 1924 ereigneten sich bei der Friedrich-Alfred-Hütte Rheinhausen im Januar 119 Betriebsunfälle, Februar 216, März 223, April 235, Mai 253, Juni 253, Juli 278, August 268 und September 276, davon 3 mit tödlichem Ausgang. Was nun die zeitliche Lage der Unfälle betrifft, so mag es stimmen, daß die größte Zahl im ersten Drittel der Schicht liegt. Die Gründe, welche aber dafür von den Arbeitgebern angegeben werden, haben mit der Wirklichkeit nichts gemein. Es ist eine feststehende Tatsache, daß die meisten Unfälle nicht bei der regulären Arbeit vorkommen, sondern meistens bei irgendwelchen Betriebsstörungen. Diese Störungen sind ganz naturgemäß im ersten Drittel der Schicht zu verzeichnen, weil der Arbeiter es unterläßt, am Schluß seiner Schicht noch kleine Fehler, die sich hier oder da zeigen, zu beseitigen. Es werden also im ersten Drittel der Schicht sehr häufig gewaltsame Kurven an Maschinen, Walzenstrahlen, Deisen und dergleichen vorgenommen, wodurch dann die Unfälle sich naturgemäß mehren. Wenn seitens der Arbeitgeber auch für die Nachtschicht festgesetzt wird, daß im ersten Drittel der Schicht die meisten Unfälle zu verzeichnen sind und darauf hingewiesen wird, daß diese Arbeiter am Tage in Verfolg der Nachtschicht übermäßig Alkohol zu sich nehmen und ein ausschweifendes Leben führen, dann trifft auch dies in Wirklichkeit nicht zu. Auch bei der Nachtschicht sind die oben dargestellten Gründe im größten Umfange ausschlaggebend. Es muß aber festgehalten werden, daß der Hauptgrund darin zu suchen ist, daß die Arbeiter, deren Wohnort meistens in nächster Nähe der Industrie liegt, bei Tag kaum schlafen können, denn in den Part-

## Wie entstehen Preise?

Die Industrie geht bei den Preisen von den hohen Gesehungslosten aus, deren Nachprüfung sie aber so schleierhaft wie möglich hält. Das trifft für die Schwerindustrie ebenso zu wie für die weiterverarbeitende Industrie. Nun ist ja bekannt, daß zwischen diesen beiden Gruppen heftige Kämpfe ausgefochten werden und bei diesen Kämpfen wird der Schlichter schon etwas mehr gelüftet. So veröffentlicht die Gesamtvereinigung der Blechverarbeitenden Industrie in der Nr. 277 der Industrie- und Handelszeitung einen Nachdruck, der sich gegen die Schwerindustrie richtet wegen der übertriebenen hohen Materialpreise und schreibt:

Die blechverarbeitende Industrie hat besonders auf Grund der Kohlenpreiserhöhung mit dem Fallen der Eisenpreise gerechnet, nachdem bei früheren Gelegenheiten immer betont worden war, daß jede Mark Kohlenpreiserhöhung gleichbedeutend sei mit 5,75 M. Blechpreiserhöhung. Die erzeugende Industrie ließ die letzte Kohlenpreiserhöhung aber völlig unbeachtet. Sie bemühte im Gegenteil die eingetretene bessere Nachfrage um Preissteigerungen vorzunehmen. Bleche, die im Frieden 120 M. kosteten, im Juli des Jahres 1924 M. müssen heute mit 195 M. bezahlt werden. Statt einer Verbilligung ist also eine Erhöhung des Materials um 20 Prozent seit Mitte des Jahres eingetreten.

Die Schwerindustrie ist bestrebt, die Inlandspreise nach der Formel: Weltmarktpreis + Zoll + Fracht und Spesen zu errechnen. Sie bezeichnet die so erzielten Preise als Verlustpreise und hat weitere Zollserhöhungen gefordert. Damit steht für die verarbeitende Industrie in Aussicht, in Zukunft Preise bezahlen zu müssen, die noch mehr als bisher über den Weltmarktpreisen liegen. Bei den bisherigen Materialpreisen müssen schon alle kleineren und mittleren Werte

besetzten Mietshäusern kann ein Nachbar auf den andern keine Rücksicht nehmen. Damit ist schon die größere Gefährlichkeit der Nachbarschaft ganz von selbst gegeben. Die tiefste Ursache aller Unfälle ist der große Arbeiterwechsel in den Hüttenwerken, der bis zu 80 Prozent der gesamten Belegschaft beträgt, so daß von einem eingearbeiteten Arbeiter kaum eine Rede sein kann.

Nach meiner Auffassung gibt es hier nur einen Weg, um Leben und Gesundheit zu schützen, indem man für alle Arbeiter, die mit Tage- und Nachtschicht zu rechnen haben, die achtstündige Arbeitszeit einführt.

gez. Burgatz.

### Sanierung von Becker-Stahl

Das Becker-Stahlwerk Krefeld-Billich hat in den letzten Jahren eine wechselvolle Geschichte erlebt. Geschicktes Papier zur Zeit der Inflation wurde bei der Marktstabilisierung plötzlich überflüssig, das noch nicht alles Gold war, was glänzte. Das liquide Kapital fehlte, Umkehrversuche scheiterten — über die Gründe herrscht noch keine restlose Klarheit — die Papiere sanken, das Werk wurde stillgelegt und damit kam über die Krefelder Metallarbeiter, die zu großen Teilen auf dem Stahlwerk Becker beschäftigt war, eine schwere Zeit. Schuldlos an den Zuständen schienen führende Kräfte des Stahlwerks nicht zu sein. Noch in den letzten Tagen sind zwei an hervorragender Stelle des Becker-Konzerns stehende Leute wegen Verdacht betrügerischer Handlungen verhaftet worden. Nach den letzten Meldungen scheint die Sanierung vollzogene Sache zu sein. In der Hauptversammlung der A.-G. in Billich am 24. November ist es nach einer heftigen Debatte zwischen dem einzelnen Instanzen Vorstand, Aufsichtsrat und Aktionären gekommen. Es wurde aber dann beschlossen, das Aktienkapital im Verhältnis von 100:1 auf 1,5 Mill. Mark zu ermäßigen, sodann das Kapital um 5 auf 6,5 Mill. Mark zu erhöhen durch Ausgabe von 5 Mill. Mark neue Stammaktien, die zu pari der alten Aktien Gruppe, Mehrl. überlassen werden. Ferner wurde der Ausgabe von Obligationen bis zum Werte von 7 Mill. Mark zugestimmt.

Zum Schluß wurde mit Genugtuung festgestellt, daß die Einheit des Wertes nicht zerfallen sei. Die Wiederaufrichtung sei sorgfältig vorbereitet und spätestens Mitte Dezember werde ein Teil der Betriebe wieder in Gang kommen. Das Wiederaufbauprojekt zielt vor allem darauf ab, möglichst viele Leute raschstens wieder einzustellen. Wo irgend möglich, sollen doppelt so viele Leute wie früher eingestellt werden. Das Geschäft wird erst im nächsten Januar wieder in Betrieb genommen und auch in bezug auf die Höchsten Bestände gute Aussichten, wenn gleich in dieser Beziehung ein bestimmtes Datum noch nicht genannt werden könne. Der Vorstehende schloß die Versammlung mit einem Appell an die Opposition, die Angelegenheit nicht als ein Finanzgeschäft zu betrachten, sondern als eine industrielle Aufgabe, die nicht zuletzt im Interesse der Verhütung einer großen Arbeitslosigkeit liege.

### Aluminiumtrutz und Preistreiber

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, welche Gefahr für eine Wirtschaft monopolistische Industriezweige bedeuten können, in deren Hand es liegt, willkürliche Preisfestsetzungen zu machen. Aus dem Leben eines solchen Trutes bringt ein sicher unverdächtigter Zeuge, die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 23. November, einen Artikel, der dazu ansetzt, nach mancher Seite hin Licht in die Politik der Trute zu bringen. Sie schreibt:

Ganz genau wie die Vereinigten Staaten ihre Aluminium Company of America, haben wir auch einen Deutschen Aluminiumtrutz, verlorpirt durch die Vereinigten Aluminiumwerke A.-G. Sie umfassen sämtliche deutschen Fabriken von Rohaluminium. Allerdings ist außerhalb ihres Machtbereichs auf deutschem Boden noch das Schweizerische Rohaluminiumwerk in Rheinfelden vorhanden. Bei einer Jahreserzeugung von nur etwa 1000 T. und einem Jahresbedarf des deutschen Marktes von augenblicklich 20 000 bis 25 000 T. fällt die Erzeugung dieses einzigen Duffiders aber um so weniger ins Gewicht, als auch mit ihm Abmachungen wegen der Preise usw. getroffen worden sind. Tatsächlich nehmen also die Vereinigten Aluminiumwerke A.-G. eine völlig beherrschende Monopolstellung am deutschen Markt ein. Besonders gefährlich wird diese zu allem Überflusse noch dadurch, daß von Kriegeszeiten her noch immer ein von ihnen mit Zähigkeit verteidigtes Einfuhrverbot für fremdes Rohaluminium besteht und daß darüber hinaus auch die Errichtung neuer und die Erweiterung bereits bestehender Rohaluminiumfabriken verboten bzw. von besonderer Genehmigung des Reichszensors abhängig gemacht ist. Mehr kann wohl selbst der begünstigte Anhänger monopolistischer Wirtschaft an Sicherstellung gegen jeden neuen Wettbewerber nicht verlangen. Selbst der im amerikanischen Handelsamtsbericht hervorgehobene Schutz der dortigen Aluminiumwerke durch hohen Einfuhrzoll muß davon verplassen. Der deutsche Aluminiumtrutz hat denn auch nicht gekümmert, daß ihm eingeräumte Monopolstellung nach Kräften auszunutzen. Er hat die Preise am inländischen Markt gewaltig in die Höhe gehoben, und er hat sich darüber hinaus mit dem amerikanischen Trutz den staatspolitischen, schweizerischen, englischen und anderen Fabriken zu gemeinsamer Preisregelung in dem Weltmarkt für Rohaluminium zusammengeschlossen, so daß die deutschen Arbeiter und Verbraucher von Aluminium, wenn gelegentlich einmal die Einfuhr aus dem Auslande in beschränktem Umfang freigegeben wird, sich im Auslande keinesfalls billiger einkaufen können als am

inländischen Markt. Diesen Umstand pflegen die Vereinigten Aluminiumwerke selbst immer noch als Beweis für ihre „maximale“ Preispolitik unzulänglich kritieren entgegenzuhalten!

Die Folgen dieser Preispolitik sind denn auch nicht ausgeblieben. Ganz wie in den Vereinigten Staaten führen auch bei uns die Aluminiumwerke und die Fertigungswerkstoffe ältere Kräfte über die Verwertung ihres unentbehrlichen Rohstoffs und die dadurch hervorgerufene Verschlechterung ihrer Lage. Unbestimmt darum aber geht der deutsche Aluminiumtrutz auf den von ihm betretenen Bahnen weiter und kein Staatssekretär, kein Staatsminister und kein Handelsrat findet sich, das nach amerikanischem Vorbild die Beschränkung einmal vollständig über diesen Trutz, die Vereinigten Aluminiumwerke A.-G. aufzuheben würde. Ihr Aktienkapital, das bei der Begründung im Jahre 1917 noch 50 Mill. M betrug, ist mittlerweile auf 130 Mill. M angewachsen. In Dividenden hat die Gesellschaft in den Jahren 1918—1922 verteilt: 0, 5, 6, 8, 100 Prozent und für das Jahr 1923 400 Milliarde Prozent! Sie hat also Riesengewinne erzielt, die volle Höhe ihrer Gewinne nicht einmal ausgewiesen, denn ihre ganze Bilanzierung ist außerordentlich undurchsichtig. Während sie für das Jahr 1922 die Abschreibungen auf das Rautwerk und auf Gutkaut noch ziffernmäßig aufwies, hat sie in dem Abschluß für das Jahr 1923 Abschreibungen überhaupt nicht mehr erkennen gemacht. Solche sind aber gleichwohl in erheblichem Maße vorgenommen worden, denn die im vorangegangenen Jahr noch mit ansehnlichen Beträgen aufgeführten Anlagen in Horren sind in dem letzten Abschluß mit einem Male ganz aus der Bilanz verschwunden.

Die Gesellschaft benutzte also ihre Monopolstellung zu einer rücksichtslosen Preispolitik und zugleich zu gewaltiger Ansammlung von Kapitalien, die ihr zu ständiger Ausdehnung ihrer Unternehmungen dienen. So hat sie das ganze Aktienkapital der Aluminium- und Elektrofabrik Ertwert A.-G. in Grevenerbrück bei Köln erworben. Zugleich geht sie nach amerikanischem Muster in ständig zunehmendem Maße in die Fertigungsindustrie hinein. So hat sie Beteiligungen bei der Rheinisch-Westfälischen Kupferwerke A.-G. in Olpe, bei der Rheinischen Blattmetallfabrik A.G. in Grevenerbrück, bei den Spezialwerken in Weischede und bei den Stabdrähten Argenteus, Zinblech- und Drahtwalzwerken A.-G. in Bamberg-Münchberg übernommen. In alle diese Gesellschaften hat sie Personalmittel ihrer Verwaltung, die zum Teil noch aus der Zwangsmetallwirtschaft des Krieges in allzu teurer Erinnerung sind in die Aufsichtsräte entsandt. Daß die ihr angegliederten Werke der weiterarbeitenden Industrie ihr Rohaluminium unter günstigeren Bedingungen als die unabhängigen Werke beziehen, ist schon deshalb in hohem Grade bedauerlich, weil aus deren Reihen gerade besonders billige Angebote — Waagwerks- und Fertigerzeugnisse kommen und die Lage der unabhängigen Werke erschweren. Dabei ist noch keineswegs ausgesprochen, daß mit den oben angeführten Werken die mit derjenigen Unternehmungen abgeschlossen ist, bei welchen der Aluminiumtrutz durch Aktienbesitz oder auch durch Forderungen aus seinen Aluminiumlieferungen ausschlaggebenden Einfluß hat. Von dem Aktienkapital der Vereinigten Aluminiumwerke A.-G. das wie bereits bemerkt, 130 Mill. M beträgt, sind seiner Zeit 7,2 Mill. M von der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron und der Metallbau und Metallurgischen Gesellschaft in Frankfurt a. M. als Gegenwert für ihr Einbringen an Fabrikanlagen in Horren, Kummelsburg und Wlterfeld sowie an verschiedenen Strom- und Braunkohlenlieferungsverträgen übernommen worden. Die restlichen 122,8 Mill. M befinden sich im Besitz der Vereinigten Industriellen Unternehmungen A.-G. (Wag), die neben ihren vielen sonstigen Beteiligungen auch 100 000 A Stammaktien der Aluminium-Ausgleichsgesellschaft m. b. H. in ihren Händen hat. Ueber letztere wird gelegentlich nicht leicht noch besonders zu sprechen sein. Die Vereinigte Industrieunternehmungen A.-G. ist mit einem Aktienkapital von 600 Mill. M ausgestattet, das sich in der Hauptsache in den Händen des Reichs befindet. Am letzten Ende ist es also vermöge dieses Schachelsystems das Reich, das hinter dem deutschen Aluminiumtrutz steht. Das Reich ist demgemäß sowohl mit dem amerikanischen Aluminiumtrutz wie mit dem internationalen Welttrutz für Aluminium aufs Engste verbunden und an deren Preispolitik interessiert zum Nachteil einer großen, heimischen, Rohstoffindustrie von Arbeitern beschäftigenden Halbleitung- und Fertigungsindustrie.

Die Richtigkeit für die letzte Angabe müssen wir der B. Z. überlassen. Sollte es aber zutreffen, dann ist es höchste Zeit, daß das Reich eine solche Politik unterläßt, sondern vielmehr darauf bedacht ist, wie man die Uebergänge von trutzähnlichen Gebilden unterbindet.

### Der Sündenbock

„Der Arbeitgeber“ die offizielle Zeitschrift der Vereinigten Deutscher Arbeitgeberverbände nimmt in einem Artikel (Nr. 21) „Wirtschaftsnot und Lebensgefahr“ Stellung zur Ueberfüllung des Handels und deren Folgen. Eine besonders interessante Stelle dieses Artikels lautet:

„Wenn in einer Straße zehn Delikatessengeschäfte neu aufgemacht werden, zehn Süßwaren, fünf Schokoladenladen, die außerdem noch Konfiserien heißen, wenn ferner dazu ein Dutzend Obstläden und so weiter und so weiter treten, wenn vor dem alt eingeführten Obstgeschäft oder Zigarrenladen fünf Wägen mit Obst und drei mit Zigarren stehen, so bedeutet das? Es bedeutet nicht, daß irgend etwas billiger wird, es bedeutet vielmehr, daß im Konkurrenzkampf der einen — den andern um

ein paar Pfennige unterbietet. Es bedeutet aber vor allem daß dadurch, daß an Stelle von fünf Familien fünfzig von der Kaufkraft dieser einen Straße leben wollen, das allgemeine Preisniveau unnatürlich heraufgedrückt werden muß. Die meisten von diesen Ladengeschäften haben nur zu rechnen, was sie aus jedem einzelnen Stück von jedem einzelnen Kunden herausholen können. Das gilt ebensogut vom Strumpf wie von der Sardinenbüchse, wie von Schnitten an der Waage. Nun erst der Straßenhandel: es sind meistens junge Leute, die faul neben ihren Wagen herumlungern, die postreißerhaft ihren Schuld anpreisen und die zum Schluß bei Anbruch der Dunkelheit mit den paar verdienten Groschen die Kneipen und Straßen umhär machen. Selbst so ehrbare, handwerkliche Berufe wie die Schuhmacherei sind unter die Kläder dieser Entwicklung gekommen. Der Umsatz ist im allgemeinen viel zu klein, um den Markt zu ernähren: Die Folge sind auch hier zu hohe Preise, zu wenig und zu schlechte Arbeit. Hieraus ergibt sich mit einem Schlag auch das Kapitel der in Großstädten unzählbaren Reparaturwerkstätten, der sonderbaren Reparaturen, die jeder erlebt hat.“

Der Verfasser des Artikels schildert die Zustände im Handel nicht zu schwarz. Diese Zustände werden von den Arbeitgebern wohl gesehen, aber ihre unaussprechlichen Auswirkungen bekämpft. Wenn die Arbeiter nämlich durch die bestehende Teuerung zu Lohnforderungen getrieben werden, dann werden von den Arbeitgebern alle Register gegen das hereinstürzende Anstehen unseres Standes gegen weitere Verteuerung gezogen.

Ein solches Vorgehen der Arbeitgeber bedeutet schließlich nichts anderes als die Zustimmung an die Arbeiterschaft, geduldig die Last der Sünden des Handels zu tragen. Das müssen wir indes ablehnen.

### Zur Arbeitszeit in Koferebetrieben

Der vorläufige Reichsarbeitsrat behandelt gegenwärtig die Frage der Regelung der Arbeitszeit für Schwerarbeiter zwecks Erhaltung eines Gutachten an das Reichsarbeitsministerium, das mit seitens des letzten Ausführungsbestimmungen zu § 7 der Arbeitszeitverordnung erlassen werden können. Hierbei wird die Arbeitszeitregelung in Kofere- und Koferebetrieben vorweg beraten, da auch nach Ansicht des Reichsarbeitsministeriums gegen ein Fortbestehen der 12stündigen Schicht auf lange Dauer in demjenigen durchgehenden Betrieben, die auch Sonntags arbeiten müssen, die schwersten Bedenken bestehen.

Die Wiedereinführung des Dreischichtensystems gegenüber dem zur Zeit angewandten Zweischichtensystem begegnet aber in Arbeitgebertreuen Kreisen Widerstand. Z. B. wird im „Essener Arbeiter“ Nr. 277 vom 9. November „vor einer Veränderung der Arbeitszeit in der Schwerindustrie“ mit dem Hinweis gewarnt,

„daß sich in den Koferebetrieben der Lohnanteil an dem Produkt beim Zweischichtensystem auf 12 Prozent beläuft, während sich derselbe bei Einführung des Dreischichtensystems auf 23 Prozent erhöhen würde.“

Die Erhöhung des Lohnanteils bei Einführung des Dreischichtensystems muß in dem behaupteten Umfange (von 12 auf 23 Prozent) entschieden bestritten werden. Eine solche Erhöhung des Lohnanteils kann man nur errechnen, wenn man eine erheblich größere Belegschaftsvermehrung zugrunde legt, als zur Einführung des Dreischichtensystems notwendig ist. Als vor Jahresfrist über die Verlängerung der Arbeitszeit, d. h. die vorübergehende Aufhebung des Dreischichtensystems und die Einführung des Zweischichtensystems verhandelt wurde, hat kein Arbeitgeber gewagt, die Herabsetzung des Lohnanteils im gleichen Umfang zuzugestehen, wie man jetzt die Erhöhung voraussetzt, damals sollten nur wenige Prozent erreicht werden. Dasselbe trifft auf die Veränderung der Belegschaftsstärke zu. Es wurde von den Arbeitgebern damals entschieden bestritten, daß bei Einführung des Zweischichtensystems die ganze Belegschaft der ausfallenden dritten Schicht, also ein Drittel der derzeitigen Belegschaft nicht weiter beschäftigt würde; vielmehr wurde von den Arbeitgebern dargelegt, daß die Einstellung der Arbeit beim Zweischichtensystem mit den üblichen Pausen eine stärkere Belegschaft für die einzelne Schicht erfordere als beim Dreischichtensystem mit der ununterbrochenen achtstündigen Arbeitszeit, jedoch höchstens ein Fünftel der Belegschaft nicht wieder Verwendung finden könnte. Wenn das damals richtig war, muß es auch heute noch stimmen. Wenn z. B. damals von 100 Mann Belegschaft höchstens ein Fünftel, also 20 Mann ausfielen, dann brauchen auch jetzt nur höchstens 20 Mann, also ein Viertel oder 25 Prozent zu den übrigen 80 Mann wieder eingestellt werden, um das Dreischichtensystem durchzuführen. Dieses einfache Rechenexempel wird noch übertrieben durch die Wirklichkeit. Es gibt Kofereien im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau, die bei Einführung des Zweischichtensystems ihre Belegschaft nur um 12 bis 15 Prozent verminderten. Wir wissen eine Koferei, die von 128 Mann, mit denen man beim Dreischichtensystem auskam, nur 15 Mann entlassen konnte, um das Zweischichtensystem durchzuführen, das waren 11,7 Prozent! Hier wird man selbstverständlich auch nur 15 Mann wieder einstellen, und das sind an der bisherigen Belegschaft von 113 Mann gemessen 13,3 Prozent! Aber wenn wir auch eine Belegschaftsvermehrung von 25 Prozent annehmen, dann erhöht sich der bisherige Lohnanteil, wenn es 12 Prozent sind, doch auch nur um ein Viertel, also um weitere 3 Prozent auf 15 Pro-

### Das Windkraftschiff

Ein neues Segelschiff ohne Segel

Anton Flettner, der vor einer Reihe von Jahren das nach ihm benannte Ruder (Schiffsschiff) erfand, das nach heutigem Welterfolg der alten Schiffsbauer sich jetzt mit großem Erfolg durchzusetzen beginnt, ist auch der Erfinder des neuen Flettner-Ruders. Vor einigen Wochen hat er damit ausgerüstetes Schiff Vulkan, ein ehemaliger Dreimastschoner, vor der Germaniamerit es zum ersten Male auf die See geschickt und ist nach ausgezeichneter Bewährung seines Antriebes wieder glücklich in den Hafen zurückgekehrt.

Nach menschlichen Ermessen bedeutet diese Fahrt einen neuen, wirtschaftlich wichtigen Abschnitt in der Entwicklung der See- und Luftfahrt, denn der Antrieb ist nicht nur neu und eigenartig, sondern er ist nach den bisherigen Berechnungen und Erprobungen weitaus wirtschaftlicher. Die Kraft des Windes wird bedeutend besser ausgenutzt mit einfacheren Mitteln.

Um die Sache zu verstehen, können wir es ansetzen lassen leider nicht erlauben, mit einigen Worten auf die theoretischen Vorbedingungen einzugehen, die im Auftrag des Flettnerkonzerns in der ursprünglichen Versuchsanstalt in Göttingen vorgenommen wurden. Man stelle sich einen großen Zylinder vor, z. B. eine große runde Anschlagwelle, wie wir sie auf den Straßen sehen. Welchen Weg wird der Wind nehmen, der gegen eine solche Säule bläst? Er wird sich, das ist wohl klar, genau in der Mitte teilen, und die eine Hälfte des Stromes wird rechts, die andere links herum wandern. Wenn dem Wind Rauch beigemischt ist, so wird man bei aufmerksamer Beobachtung merken, daß sich der durch die Säule geleitete Wind wie ein Menschenstrom zusammendrängt, der Rauch wird hart rechts und hart links der Säule dichter erscheinen.

Jetzt stelle ich die eine senkrecht: Hälfte der Säule mit Sandpapier, während die andere mit Spiegelglas belege. Wendet

das etwas? Ei, gewiß. Dort, wo das Spiegelglas liegt findet der Wind weniger Widerstand als am dem Sandpapier. Und da gilt nun in der Natur ganz allgemein das Gesetz, daß alles und jedes, das Wasser und die Luft, sich stets den Weg des kleinsten Widerstandes sucht. Der Wind teilt sich jetzt nicht mehr genau in zwei gleiche Hälften, sondern in zwei ungleich starke Ströme, der größere Teil sucht um die glatte Seite zu gehen, und nur ein kleiner geht um die rauhe. So als wenn ein Menschenstrom an einen Weg kommt, dessen linke Hälfte gut und glatt ist und die rechte kumpelig, dann drängt sich alles auf die gute Seite, und auf der schlechten laufen nur die noch, die auf der anderen durchaus keinen Platz mehr haben. Wenn man sich dann aber in der Mitte einer Säule denkt, so wird eins eintreten: auf der glatten Westseite werden die Menschen stärker gegen die Säule drängen als auf der anderen: die Säule erfährt einen einseitigen Druck, und wenn sie nicht fest ist, wird sie aus der Mitte, wo sie stand, weggedrückt nach der schlechten Hälfte zu.

Ran aber gibt es noch ein anderes Mittel als Glätte und Rauheit, um die Reibung an einer Säule zu ändern. Wenn der Wind an einem Stück Holz vorbeistrahlt, so „reißt“ er sich an ihm. Wenn ich das Stück Holz dem Winde entgegenführe, so reißt er sich härter, reisse ich aber, das Stück Holz hochgehend, genau mit der Geschwindigkeit des Windes in gleicher Richtung, dann reißt er sich nicht mehr, denn dann befindet sich ja das Stück Holz relativ zu ihm in Ruhe (man denke daran an Einsteins Theorie), er erfährt nicht mehr an ihm vorbei, denn beide bewegen sich gleich schnell. Nun mache ich die Sache so: ich drehe die Säule um ihre eigene Achse. Dann wird der ankommende Wind eine Seite finden, die sich in derselben Richtung wie er selbst bewegt, und eine andere Seite, die sich ihm entgegenbewegt. Auf jener findet er weniger Widerstand, auf der anderen umgekehrt. Es tritt also genau dasselbe ein, was wir oben bei der halb glatten und halb rauhen Säule beschrieben. Nur, daß wir jetzt noch den Vorteil haben, daß es gleichgültig ist, aus welcher Richtung der Wind weht; solange sich die Säule dreht, findet er stets eine bequemere,

reibungslosere Seite und eine unbequeme, stark reibende, und immer wird er die erstere bevorzugen und die letztere meiden, stets wird dann ein einseitiger Druck auf die ganze Säule ausgeübt, er wird sie nach der sich ruckartig drehenden Seite wegzudrücken suchen. Und das kann er, wenn wir die ganze Vorrichtung auf ein Schiff setzen.

Das alles klingt ein wenig langatmig, aber ich möchte nicht wie man kürzer die Theorie der neuen Maschine erklären könnte. Bei dem Versuchsschiff Vulkan sind an Stelle des vorderen und hinteren Mastes zwei hohe turmartige Säulen aus Stahlblech aufgestellt, die sich um ihre Achse drehen können. Durch einen Elektromotor wird diese Drehung bewirkt, der seine Kraft von einem kleinen Dieselmotor empfangt. Wie man das mechanisch gemacht hat, soll uns hier nicht interessieren. Das Wichtigste ist nun, daß die neue Anlage mit wirtschaftlicher Arbeit wie die alte Segelanlage. Sie ist leichter, sie bietet dem Sturm nicht solche gefährliche Angriffsflächen wie das Tauwerk, man braucht kein Segel zu reffen: wird der Wind zu stark, so verringert man die Drehgeschwindigkeit der Säule. Das kann ein einziger Mann an einem elektrischen Schaltapparat ganz bequem allein machen. An die Stelle eines Heeres von Matrosen, das den Seglerdienst sehr verkehrte, tritt ein Mann. Die Kraft, die zur Drehung gebraucht wird, ist nicht bedeutend. Bei gewöhnlichem Durchschnittswind ist für die gleiche Geschwindigkeit etwa der zehnte bis dreißigste Teil der Maschinenkraft erforderlich, die man bei Verwendung einer Schiffsschraube als Antrieb aufwenden mußte. Rüstet man ein Motorschiff mit dem Flettner-Rotor aus, so braucht es auf den meisten seiner Fahrten nur eine kleine Hilfsmaschine laufen zu lassen und kommt doch eben so rasch oder noch rascher vorwärts, als es ein Schraubenschiff mit ganzer Maschinenkraft ohne Windausnutzung fahren würde.

Eigenartig sieht das neue Schiff ja aus, der Anblick der hohen runden Zylinder, die man auch als furchtbare Dick-Masten bezeichnen könnte, ist ungewohnt. Aber wenn es den Menschen Ruhe bringt, werden sie sich auch daran schnell gewöhnen. Titus

gent und noch länger nicht auf 22 Prozent. Und sollte diese geringe Vermehrung des Lohnanteils nicht durch bessere Ausnutzung der Arbeitszeit wettgemacht werden können, wenn nämlich während eines Zeitraumes von 24 Stunden nicht nur zweimal zehn, also 20 Stunden, sondern dreimal acht, also 24 Stunden gearbeitet wird?

### Renten in der Unfallversicherung

Der sozialpolitische Ausschuss des Industrie- und Handelslages forderte auf seiner letzten Tagung, daß die kleinen Renten in der Unfallversicherung bis zu 30 v. H. entschädigungslos zu beseitigen seien. Die Vollerente für Schwer- und Leichtverletzte seien verschieden zu bemessen (für erstere wie bisher 66% v. H. und für letztere 33% v. H. des Jahresarbeitsverdienstes). Die Kapitalabfindung von Inländern müsse erweitert werden.

Mit dieser Forderung übertrifft der Industrie- und Handelslages noch die Absicht, die das Reichsarbeitsministerium, nach einer Nachricht in der Kreuzzeitung, bei der Aufstellung seines Entwurfes eines zweiten Gesetzes über Änderungen der Unfallversicherung leitete. Nach diesem Entwurf sollen die kleinen Renten unter 20 v. H. fortfallen. (Für die festgesetzten kleinen Renten sollen geringe Abfindungssummen gezahlt werden, während künftighin solche Renten nicht mehr festgesetzt werden.) Die Vollerente der Leichtverletzten soll 50 v. H. des Jahresarbeitsverdienstes betragen, während sie für Schwerverletzte von 66% v. H. auf 70 v. H. erhöht werden soll. Die Kapitalabfindung soll bei einer Rente bis zu 33% v. H. möglich sein (jetzt 20 v. H.).

Sollte der neue Reichstag dem Verlangen des Industrie- und Handelslages stattgeben, so würden die Unfallverletzten schwer geschädigt werden. So würde z. B. für den Verlust eines Auges, den Verlust des rechten Daumens und Fingerringers bezw. den Verlust je zweier anderer Finger oder den Verlust des vorderen Fußes usw. eine Rente nicht mehr gezahlt werden.

Aber auch durch die beabsichtigte verschiedenartige Errechnung der Vollerente werden die Leichtverletzten gegenüber dem früheren Zustande geschädigt werden. Bei einem Jahresarbeitsverdienst von 1800 Mark beträgt die Vollerente monatlich 100 Mark. Bei einem Leichtverletzten würde sie nach dem Vorschlage des Industrie- und Handelslages 50 Mark und nach dem Vorschlage des Reichsarbeitsministeriums 75 Mark monatlich betragen.

Der Abbau der kleinen Renten bis zu 30 Prozent (oder 20 Prozent nach dem Willen des Reichsarbeitsministeriums) wird damit begründet, daß sie wegen ihres geringen Betrages wirtschaftlich ohne Bedeutung seien. Selbst wenn dem Vorschlage des Industrie- und Handelslages entsprechend die Vollerente für Leichtverletzte nur 33% v. H. des JM. betragen soll, ist auch ein monatlicher Betrag von 5, 10 oder 15 Mark für 10, 20 oder 30 Prozent Rente keineswegs für den Verletzten so unbedeutend, daß er einfach entbehrt werden kann. Es ist auch nicht richtig, daß betriebl. Verletzte gegenüber ihren Mitarbeitern auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht geschädigt sind. Wenn auch der Einzelne auf seiner alten Arbeitsstelle den gleichen Tariflohn wie ein Nichtverletzter erzielen kann, so wird er doch bei einem Arbeitswechsel zurückbleiben müssen, da jeder Arbeitgeber dem Nichtgeschädigten den Vorzug gibt. Deshalb ist es höchst unsozial, die kleinen Renten zu beseitigen. Mit der Begründung der wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit lassen sich aber auch späterhin die Renten bis zu 50 Prozent beseitigen, da ja nach dem Willen des Industrie- und Handelslages, nach dem oben angeführten Beispiel, eine Rente von 40 Prozent auch nur 20 Mark monatlich und von 50 Prozent nur 25 Mark monatlich betragen wird. — Die verhältnismäßige Berechnung der Vollerente muß deshalb ebenfalls abgelehnt werden. Der Gedanke der Haftpflicht des Unternehmers wird bei solcher Rentenberechnung ganz und gar verwischt. Wo bleibt dann diese Haftpflicht, wenn der Verletzte den Schaden ganz oder zu 2/3 und mehr selbst tragen muß?

Was nützlich ist nicht ein Abbau der Renten, sondern eine schleunigste Wiederherstellung der alten Goldrenten. Es ist mehr als ein Skandal, daß noch heute nach der Stabilisierung der Währung, die Renten von 10 und 15 Prozent mit einer Mark vierteljährlich abgezogen werden, während die anderen kleinen Renten auch nicht viel höher sind. 20 Prozent = 5 Mark monatlich und 40 Prozent = 10 Mark monatlich.

### Verbandsgebiet

Düsseldorf. Durch Schiedspruch vom 10. Oktober für die Eisen- und Stahlindustrie der Nordwestlichen Gruppe, der vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden ist, wurde der Gehalt des Hilfsarbeiters auf 48 Pf., der Tariflohn des Facharbeiters über 21 Jahre auf 60 Pf. festgesetzt. Diese Neuregelung der Gehälter bedeutet gegenüber dem Januar-Lohnabkommen eine Erhöhung derselben um 20 Prozent. Es heißt dann in dem Schiedspruch weiter: „Die sonstigen Löhne verändern sich in dem gleichen Verhältnis.“ Dieser Satz befragt für jeden Menschen mit wachem Rechtsempfinden, daß außer den Gehältern alle sonstigen Tariflöhne um denselben Prozentsatz erhöht werden müssen. Anders denken die Düsseldorf Arbeitgeber bzw. Arbeitgebervereinigungen. Diese weigern sich, die Löhne der in den Hütten, Walzwerks- und Feuerbetrieben beschäftigten Zeitlohnarbeiter zu erhöhen. In zwei Verhandlungen die aus diesem Anlaß zwischen der Arbeitgebervereinigung und den drei Metallarbeiterverbänden stattgefunden haben, konnte keine Einigung erzielt werden, weil die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt beharrten. Die Gewerkschaften haben sich an den Schlichter Wehlich gewandt, unter dessen Vorsitz der Schiedspruch gefällt worden ist, um von ihm eine schriftliche Auslegung des Schiedspruches zu erhalten. Dieses hat derselbe abgelehnt mit der Begründung, daß in der Schlichtungsverhandlung auf örtliche Sonderverhältnisse kein Bezug genommen worden sei. Dieses ist nach unserem Dafürhalten auch nicht notwendig gewesen, denn es handelt sich hier um eine tarifliche Vereinbarung zwischen der Düsseldorf Arbeitgebervereinigung und den Gewerkschaften, welche das bezügliche Januar-Lohnabkommen ausdrücklich vorsieht. Da dieses bezügliche Lohnabkommen vom Januar durch den Schiedspruch vom 10. 10. 24 abermals verlängert worden ist, müssen auch die Tariflöhne des Düsseldorf Jahresarbeitsverdienstes als Teil des bezüglichen Abkommens die durch den Schiedspruch vorerwähnte Erhöhung erfahren. Da nun hierüber in Düsseldorf die Meinungen zwischen Arbeitgebervereinigung und Gewerkschaften auseinandergehen, so muß der Schiedsrichter von der Stelle eine Auslegung erfahren, die ihn gefällt hat. Der Schlichter hat dann die gesamte Schlichterkammer, welche an dem Schiedspruch vom 10. 10. mitgewirkt hat, für den 20. November zu einer Sitzung nach Essen geladen. In dieser Sitzung haben die Arbeitgeber, ebenso der stellvertretende Schlichter Herr Schödel, welcher in Vertretung des Herrn Wehlich die Verhandlung leitete, sich bemüht, einer Auslegung des Schiedspruches aus dem März zu geben. Statt dessen machten die Arbeiterherren den Vorschlag, die Düsseldorf Streitangelegenheit durch den im Rheinlande paradiesischen paritätischen Schiedsausweis zu regeln. Dieses Vorgehen mußten die Gewerkschaftsvertreter ablehnen, weil es sich um eine grundsätzliche Angelegenheit handelt und aus diesem Grunde zur Entscheidung des Düsseldorf Streitfalles der Schiedspruch eine Auslegung erfahren muß. Die konnte jedoch nicht gegeben werden, weil auf Arbeitgeberseite zwei Beisitzer fehlten

und die Gewerkschaftsvertreter Wert darauf legten, daß zur Auslegung des Schiedspruches die Schlichterkammer vollständig vertreten sei. Zu diesem Zweck soll demnächst erneut eine Sitzung einberufen werden.

Da bekanntlich der Appetit beim Essen kommt, so haben auch die Düsseldorf Arbeiter bei den Arbeitern der Hütten- und Feuerbetriebe nicht halbgemacht, sondern bei den Akkordarbeitern der drei unteren Tarifklassen den Schiedspruch ebenfalls zu ihrem Vorteil ausgelegt. Es heißt in dem Schiedspruch: „Für die Akkordarbeiter erhöht sich die bisherige feste Zulage um 4 Pf.“ Hieraus geht klar und klar hervor, daß alle Akkordarbeiter, ganz gleich, ob dieselben als Facharbeiter oder Hilfsarbeiter beschäftigt werden, diese 4 Pf. erhalten sollen. Wer aber nun glaubt, daß die Düsseldorf Arbeitgeber dementsprechend handelten, der irrte. Sie erkennen diese 4 Pf. nur als Spitzenlohn für die Akkord-Facharbeiter an und bezahlen den Arbeitern der unteren Tarifklassen entsprechend weniger, so daß der 21jährige Hilfsarbeiter, der im Akkord beschäftigt ist, statt 4 Pf., wie es der Schiedspruch vorsieht, nur 3,2 Pf. erhält. Auch in diesem Falle wird die Schlichterkammer an einer Auslegung des Schiedspruches nicht vorbeikommen können. Bemerten wollen wir noch, daß in allen übrigen Orten die Unternehmungen, welche zur Nordwestlichen Gruppe gehören, den Schiedspruch im richtigen Sinne anwenden, mit Ausnahme einer kleinen Firma in Mülheim. Das Vorgehen der Düsseldorf Arbeitgeber zeigt indes wieder so recht, daß man sich auf jener Seite, wenn man glaubt die Macht dazu zu besitzen, nicht scheut, selbst klar umschriebenes Recht umzubiegen. Die unorganisierten Metallarbeiter von Düsseldorf und Umgebung, besonders die in den Hütten- und Feuerbetrieben Beschäftigten, mögen aber hieraus wieder einmal erkennen, was mit ihnen geschieht, wenn sie noch länger außerhalb der gewerkschaftlichen Organisation stehen. Wir rufen daher allen christlich denkenden Metallarbeitern zu: Stärkt den Christlichen Metallarbeiterverband!

Epiladen. Seit dem Monat September haben wir in zahlreichen Versammlungen und Zusammenkünften Wege besprochen, die gegangen werden könnten, durch Lohnerhöhungen zu dem Ver-

### Hüttenarbeiterkampf in der Oberpfalz

Am 13. November, mitten in der 8. Kampfeswoche wurde der Streik auf dem staatlichen Werk der Zuitpoldhütte abgebrochen. Von über 500 am Streik in der Zuitpoldhütte beteiligten Kollegen haben nur noch 140 in geheimer Abstimmung für die Fortführung des Kampfes gestimmt. Die weitaus größere Anzahl hat sich der Verbandsführung in diesem Kampf damit angeschlossen, daß bei gegenwärtigen Gesamtlage eine Fortführung des Kampfes wohl größere Opfer von den kämpfenden verlangt aber keinerlei Aussicht auf einen weitgehenden Erfolg bietet. Der Streik in den Hüttenwerken ist ein Schulbeispiel, wie die berechtigten Arbeiterinteressen durch sozialistische Unfähigkeit mit den Füßen niedergetrampelt werden können. Der sog. Metallarbeiter-Verband, dessen Führung in diesem Kampfe vollständig versagt hatte, konnte oder wollte die Wahrheit seinen Mitgliedern gegenüber nicht verkennen. So suchte er nach einem Blühaflekt und wollte daneben noch für die gewerkschaftliche und politische Agitation im Treiben sitzen. Der Vorgang dürfte wegen der Wichtigkeit der Frage die Kollegen im ganzen Verband interessieren.

Zum 1. August kündigte der Arbeitgeber-Verband (Erzbergbau und Hüttenwerke in Bayern) die bisherige Lohnliste mit den Spitzenlöhnen von 41 Pf. für Angelernte, 46 für Angelernte und 48 Pf. für Facharbeiter. Er gab vor, nur noch mit den auf 35, 38 und 40 Pf. gekürzten Stundenlöhnen weiterarbeiten zu können. Der angesehene stellvertretende Landesgeschäftler, Herr Kurth, gab nach Besichtigung der Werke Haidhof, Rosenberg und Zuitpoldhütte folgenden Beschluß bekannt:

„Der Schiedsrichter kann angesichts der wirtschaftlichen Lage der Werke und des Bestehens der Arbeitnehmers, eine dem Stande der Lebenshaltungskosten entsprechende Lohnerhöhung sich zu erhalten, keine Grundlage finden, durch einen Schiedspruch eine beide Teile befriedigende und ausgleichende Lösung des bestehenden Lohnstreites bei der gegenwärtigen Sachlage zu ermöglichen.“

Der Schiedsrichter fand also keinen Ausweg.

Während der Durchführung der Lohnkürzung brachte ein neues Schiedsgericht, auf Beschwerden der Gewerkschaften gestützt, durch das Reichsarbeitsministerium berufen 42 Pf. heraus. (Spitze). Beide Vertragsparteien lehnten den Schiedspruch ab. In gemeinsamer Sitzung der Vertrauensmänner, Betriebsräte und Funktionäre der beteiligten Verbände, war die Aussprache einmütig gegen den Streik. Sekretär Pieler vom sozialistischen Vergarbeiter-Verband erklärte:

„Es wäre ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, jetzt in den Streik zu treten.“

Am 18. September gingen dem Arbeitgeber-Verband neue Lohnforderungen der Verbände zu. Eine Mitglieder-Versammlung unseres Verbandes beschloß, die Frage eines Streiks erst nach weiteren Lohnverhandlungen in Erwägung zu ziehen.

Am 19. September wurde von sozialistischer Seite eine wilde Versammlung der Betriebs-Vertrauensmänner (ohne Verbands-Vertretung) einberufen. Beschluß: Weitergehende Lohnforderungen durch Lohnkommission am 22. September, vorm. 9 Uhr, der Zuitpoldhütte zu überreichen. Am 11 Uhr (also 2 Stunden später) sollte das Resultat im Fabrikhof der versammelten Belegschaft bekanntgegeben werden.

Sonderverhandlungen wurden von der Werksleitung der Zuitpoldhütte, wie zu erwarten war, abgelehnt, worauf die gesamte Belegschaft in den Streik trat.

Damit steht folgendes fest:

- 1. Die Vorbereitungen zum Streik erfolgten unter Ausschluß der Gewerkschaften;
2. Diese Vorbereitungen lagen in sozialistischen Händen, ob im geheimen Einvernehmen mit oder ohne den Geschäftsführer Endemann vom sozialistischen Metallarbeiter-Verband, ist unbekannt;
3. die sachungsgemäße geheime Abstimmung vor dem Streik unterblieb;
4. die Warnungen der Verbands-Funktionäre wurden mißachtet und die sachungsgemäße Zustimmung der Verbandsleitungen nicht eingeholt;
5. durch Außerachtlassung der ständigen Kündigungsfrist wurde der Kampf mit dem Stigma des Vertragsbruches belastet.

Derselbe Sozialist Endemann, der sich in kritischen Situationen die Zügel aus der Hand nehmen läßt, oder im geheimen Einvernehmen die anderen Gewerkschaften hintergeht, obwohl er als Geschäftsführer des am härtesten vertretenen Organisations der sozialistischen Metallarbeiterverbandes die schwerste Verantwortung trägt, läßt sich berufen, über „Schurkenstreich der Christen“ in seiner Zeitung schreiben. Und doch läßt die Tatsache fest, daß der christliche Metallarbeiterverband wieder eintreten mußte, was von sozialistischer Seite verjagt worden war.

Mit dem Streikausbruch wurde der Christliche Metallarbeiterverband vor eine fertige Tatsache und schwere Entscheidung gestellt. Er mußte folgende Tatsachen berücksichtigen:

bleiste zu kommen, wie wir brauchen, um der Leistung nur einigermaßen entgegenzukommen. Vorab sei bemerkt, daß trotz lebhaftem Interesse der Arbeiter an der vom Christlichen Metallarbeiterverband angeleiteten Lohnbewegung die Zahl, die auch Interesse am Verbände zeigte, nicht größer werden wollte. Jetzt, wo sie alle Tage mehr erkennen, ihnen geht es an den Kraken, suchen sie wieder im Verbände Schutz. Es wäre aber auch nicht sehr verwunderlich, wenn sie trotz der Aussage eines Direktors sich nicht änderten. Der in Frage kommende Direktor hat vor kurzem erklärt: „Sie haben doch gesehen, daß wir uns zur Zeit, als die Gewerkschaften hart waren, immer nach ihnen gedichtet haben. Das werden wir auch dann wieder tun, wenn die Gewerkschaften das wieder find, was sie gewesen sind.“ Der im Monat September erfolgten Kündigung des Lohnabkommens folgte eine lebhafteste Auseinandersetzung in den Zeitungen. Der Arbeitgeberverband stellte die Diskussion bald ein, ihm wurde die Sache anheimgegeben zu murren. Verhandlungen wurden abgelehnt, die Gründe waren dieselben, wie sie ja tagtäglich von den Syndikats umgeben werden: Neue Inflation, Regierung nicht in den Arm fallen, kurz, es war das bekannte Lied. Gewundert haben wir uns nur darüber, daß der Arbeitgeberverband nichts anderes wollte. Die geistigen Größen im Arbeitgeberlager sind doch um Ausreden nicht verlegen, warum sie aber immer wieder das abgedrohte Zeug vor die Öffentlichkeit zerren, versteht doch nur der, der weiß, wie sich die Arbeiterschaft zu diesen Dingen selbst einstellt. Der Schlichtungsausschuß wurde angerufen, und in der ersten Verhandlung erklärte sich der Arbeitgeberverband zu Verhandlungen bereit. Wenige Tage darauf erklärte derselbe Arbeitgeberverband, er sei leider nicht in der Lage, unsern Wünschen auch nur in geringem Umfange entgegenzukommen. Die Zinsschulden könne nicht die hohen Löhne tragen, sie würde dann wieder zu Kurzarbeit oder gar zu den unliebsten Stilllegungen kommen. Erneut wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der am 20. Oktober einen Spruch fällte, der eine Lohnerhöhung von acht Prozent vorsieht. Die Lehrlinge wurden mit neuen Löhnen bedacht und erhalten im ersten Jahre 9, im zweiten 12, im dritten 15 und im vierten 22 Pf. die Stunde. Die Lohnerhöhung wurde rückwirkend ab 1. Oktober beschloßen. Der Spruch ist von beiden Parteien angenommen worden.

1. Eine Lohnreduzierung in diesem radikalen Ausmaß kurz nach Erhöhung der Staatsbeamtengehälter bei scharf anziehenden Preisen mußte mit dem schärfsten, mit der Sympathie der Bevölkerung gefüglichen Widerstand rechnen.

2. Die nächstern Erwägung, ob auch einem Kampf die Aussicht auf Erfolg in der gegenwärtigen noch nicht völlig überwundenen Krise in der Hüttenindustrie nicht versagt blieb, konnte nach Entfesselung des Kampfes unter solchen Umständen kaum noch Gehör finden.

3. Die Verweigerung der Streikunterstützung an unsere Kollegen konnte zudem den scharfen Eindruck erwecken, als würde der Christliche Metallarbeiterverband die gekürzten Löhne anerkennen. Einer solchen, auch für die allgemeine Lohnpolitik bedenklichen Schlußfolgerung durfte kein Raum gegeben werden.

4. Die Kollage der schlecht bezahlten Schwerstarbeiter wurde mit der Lohnkürzung auf die Spitze getrieben und forderte Unterstützung.

In dieser nicht von ihm hervorgerufenen Situation entschied sich unter Verband zur Unterstützung der Streikenden und machte alle Kräfte mobil, um eine Befreiung für ihre Lage zu erreichen. Eine mit reichem Material belegte Eingabe der Bezirksleitung ging bereits am 6. Oktober 5 bayerischen Staatsministerien zu. Hierin wurde die Frage der Preis- und Lohnpolitik aufgerollt, als untragbar bezeichnet und beschleunigtes Eingreifen gefordert.

Der Kampf zeigte indes eine weitere Schwäche. In der Magz-Hütte (Wöhring-Konzern), wo die Führgang des Arbeitgeberverbandes sieht, wo die gleiche Lohnreduzierung vorgenommen wurde, und wo die kommunistisch-sozialistische Richtung mit vier Fünftel der Belegschaft, also weitaus am stärksten, vertreten ist, wurde der Streik gezeitigt. Der Arbeitgeberverband mußte erst zur Ausperzung greifen, um den radikalen Großmündern Selbigenheit zum Kampf zu geben.

Ein neues Schiedsgericht brachte inzwischen einen Spruch mit 5 Pfennig Erhöhung der Spitzenlöhne für alle drei Lohngruppen. Als nun die Parteien über den Antrag der Gewerkschaften zur Verbindlichkeitserklärung geschritten wurden, erklärte der Generaldirektor von der Magz-Hütte, daß die Verhandlungen nur noch eine Komödie seien, da der sog. Geschäftsführer Kurth in der Streikversammlung erklärt habe, die Verbindlichkeitserklärung schon in der Tasche zu haben. Die sonst wirksamen Entgegnungen der Arbeitervertreter wurden nicht nur durch die schwere Krise in den Hüttenwerken, sondern ganz besonders durch die traurige Strategie des ehemaligen revolutionären Zentralarbeitsrats Kurth durchkreuzt. Nachdem die Parteien sich getrennt, warnte Staatsrat Gasteiger (vormaliger Bezirksleiter des sog. Metallarbeiter-Verbandes) vor der Verbindlichkeitserklärung mit dem Hinweis, daß der Kampf bis Weihnachten verblute und die Verbände zerschlagen würden. Die Krise und Produktion mit Defizit könne nicht gelehrt werden, in solcher Zeit beginne man keinen Streik.

Wenige Tage später lud das Sozialministerium die Gewerkschaftsvertreter abermals vor. Staatsrat Gasteiger rief neuerdings, den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung zurückzuziehen. Die Hüttenwerke hatten schon bei den Verhandlungen erklärt, die Verbindlichkeitserklärung würden die Betriebe nicht geöffnet, dagegen wurde die gerichtliche Anfechtung angekündigt. Auch das Reichsarbeitsministerium habe Bedenken. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll durch Vorstöße und eine Verbilligungsaktion erleichtert werden. Der sozialistische Bezirksleiter Kapflein wies auf die bevorstehende Landtagsverhandlung hin und erklärte, der Kampf müsse bis zum äußersten geführt werden, ganz gleich, was daraus entsiehe. Gasteiger warnt vor starken Reden, erwähnt den Vertragsbruch und die neuerdings gesunkenen Röhren-Preise. Mit Lehrlern muß die Zuitpoldhütte rechnen. Regierungsrat Schinger (vormals Geschäftsführer des sog. Metallarbeiterverbandes) sagte:

„Wenn Ihr kämpfen wollt, dann zieht den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung zurück und sterbt mit einer schönen Geste.“

Wenn Ihr das nicht wollt, dann laßt sieh ehrlich und brecht den Kampf ab und sorgt, daß Ihr alle Leute wieder in die Betriebe bringt. Das ist meine Meinung.“

Staatsrat Gasteiger sagte: „Das ist auch meine Meinung.“ Ueber die Lage konnte nun nach diesen Worten kein Zweifel mehr bestehen, wobei die Regierungsvertreter (vormals Funktionäre des sog. Metallarbeiterverbandes) sich bemühten, nachzuweisen, eine weitere Fortführung des Kampfes sei absolut ausichtslos. Bezirksleiter Kapflein und Kollege Ungert sprachen sich für Unterstimmung aus. Er zeigte sich jedoch, daß die sog. Führung sich nicht stark genug fühlte oder nicht gewillt war, die Wahrheit in den Versammlungen ihrer Mitglieder zu verkünden. Die sog. Führung verteilte anstehend die Hoffnungen auf sofortige Hilfe durch die Landtagsverhandlungen und bereitete und durchkreuzt damit die Fortführung der Arbeiterschaft. (Schluß folgt.)

Von besonderem Interesse dürfte sein, daß die Lohnbewegung allein von unserm Verbande geführt wurde. Der Tarif, Rahmenabkommen wie Lohn und Urlaubsabkommen ist von uns allein unterzeichnet. Der D. M. A. B., Ortsverwaltung Opladen, wurde zu den Verhandlungen nicht zugelassen. Der Grund liegt in der Proklamation des Generalstreiks im Januar. Die Beamten hatten sich aktiv beim Zustandekommen des Generalstreiks beteiligt, trotzdem sie in einem Vertragsverhältnis mit dem Arbeitgeberverbande standen. Diese Beteiligung der Beamten hatte für sie die Folge, daß sie weder zu den Verhandlungen bei der Neuschaffung des Vertrages und Urlaubs, wie auch später bei den Bepreisungen und Verhandlungen über Änderungen im Tarifvertrage hinzugezogen wurden. Mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln hat man versucht, wieder an den Verhandlungstisch mit dem Arbeitgeberverbande zu kommen, doch ist bis jetzt noch alles umsonst gewesen. Der Arbeitgeberverband lehnt es rundweg ab, mit vertragsbrüchigen Leuten zu verhandeln.

Den Mitgliedern des D. M. A. kann das natürlich nicht recht sein, und sie sind höchst ungenau über die Zurückführung durch den Arbeitgeberverband. Wenn wir uns an dem Streit zwischen diesen beiden nicht beteiligen, so muß doch der Wahrheit die Ehre gegeben werden: nicht der Arbeitgeberverband hat die Vertreter der Opladener Ortsverwaltung des D. M. A. ausgeschaltet, sondern die Herren Kommunisten haben sich durch ihre Generalstreikparole selbst ausgeschaltet. Das darf nun nicht gesagt werden, denn die Leute sollen doch gehalten werden. Ein anderer Grund muß gesucht werden, und man findet einen: nämlich der Christliche Metallarbeiterverband bzw. seine Vertreter im Bezirke sind schuld. Die haben sogar an den Reichsarbeitsminister geschrieben und haben dort zu beweisen versucht, daß sie die Stärkeren sind, also der D. M. A. gar nicht in Frage komme. Wir haben an das Reichsarbeitsamt den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Rahmens wie Lohnabkommens gestellt. Die Gründe dafür liegen ja auf der Hand. Man verläßt an mancherlei Ecken an der Zahlung der vereinbarten Löhne vorbeizukommen. Austritte aus dem Arbeitgeberverbande sollten vorgenommen werden, damit man ja nicht zu zahlen braucht. Die Opladener Ortsverwaltung des D. M. A. erhob Einspruch bei der Reichsarbeitsverwaltung mit der Begründung, daß wir die Kleinen, ganz Kleinen seien, sie aber die ganz Großen. Da war es eigentlich selbstverständlich, daß wir der Behauptung auf den Grund gingen und die Metallindustrie von der heimischen Industrie trennten und dann ausgebaut auf die Metallindustrie, für die der Antrag ja gestellt war, Tatsachen anführten, die so zureichend waren, daß der Einspruch des D. M. A. abgewiesen wurde. Diese Abweisung hat nun doch mit der Tariffähigkeit bzw. Zulassung zum Abschluß von Verträgen nicht das mindeste zu tun. Wichtig ist, daß der kommunistische Geist, der ja alles meisterte, an den geschilderten Zuständen die Schuld trägt.

Von einer Vergewaltigung durch den Christl. Metallarbeiterverband, wer laßt da, ist von den sozial. Beamten in Betriebsversammlungen geredet worden. Wir, die wir ja oft von den Vätern der Kommunisten den Sozialisten vergewaltigt worden sind, neigen von zu Hause aus nicht dazu, haben aber auch gar keinen Grund, uns darüber aufzuregen, wenn der D. M. A. in seiner Opladener Vertretung nicht zum Ziele kommt. Unsere Kollegen wissen, daß es leider nicht an uns gelegen hat, wenn der D. M. A. im unteren Kreise Solingen nicht die Stellung einnimmt, die er einnehmen würde, wenn er Gewerkschaftspolitiker trieb, die Schuld hat der „große Deutsche“ selbst auf sich zu nehmen. Wie weit man kommt, die Leute meinen wir mühten ihnen unter allen Umständen die Kastanien aus dem Feuer holen, zeigt ein Brief an uns, in dem es der Vorstand ablehnt gemeinsame Betriebsversammlungen abzuhalten, an denen wir beteiligt sind. Darüber brauchen wir nicht erstotzt zu sein. Auf der andern Seite meint Wagner, uns zu treffen. Wir sollen den Arbeitgeberverband veranlassen sich wieder mit den Generalstreikern zu Verhandlungen zusammen zu setzen. Zu diesem Zwecke müht man uns zu, alle allein abgeschlossenen Abkommen zu kündigen. Die Herrschaften meinen, dann kämen sie schon ganz von selbst zu den Verhandlungen. Wie schlau! Der Arbeitgeberverband würde sich ja ins Fräulein lassen, wenn wir ihm den Gefallen täten und kündigten alles, dann wäre er uns ja auch glücklich los. Nein, haben wir gesagt und werden dabei bleiben. Unsere Kollegen werden daraus erkennen, mit welchen Mitteln man zu Werke geht um Verlorenes wieder zu gewinnen. Lüge und Verdrängung spielen eine große Rolle. Lassen wir uns von diesen jüden Reden, sie können jetzt sehr schmeicheln, nicht betören und gehen wir unsern Weg allein, wenn es sein muß auch ohne die Genossen wie es bisher geschah. Die Arbeiterklasse hat Schanden davon bis heute nicht gekostet. Man hätte sogar mit Recht davon reden die Arbeiterklasse führt so hoch besser. Was nötig wäre, was sie aber noch nicht erkennen will, ist die Stärkung unseres Verbandes. Hoffen wir, daß bald die Einsicht kommt. Was anderswo möglich ist, darf hier nicht unmöglich sein.

**Seldorf.** Am Samstag, den 27. September hielt die hiesige Ortsgruppe des Christl. Metallarbeiterverbandes ihre Monatsversammlung ab, zu der Kollege Gerhardus aus Seldorf erschienen war. Aus seinem umfassen Bericht und Tätigkeit des Verbandes entnehmen wir folgendes:

In der Lohnbewegung der Metallarbeiter müssen jetzt die Verhandlungen in Arnheim am dortigen Landgericht abgemacht werden. Keineswegs verächtlich die organisierte Arbeiterkraft auf die ihr zustehende Lohnbewegung. Nach der Ablehnung des Schiedsspruches durch die Arbeitgeber reichte der Christl. Metallarbeiterverband sofort eine Anzahl Einzelklagen an den verschiedenen Gewerbebehörden ein. Gleichzeitig erhoben die Arbeitgeber eine Feststellungsklage am Gewerbeamt in Siegen. Einzel- und Feststellungsklagen wurden von den Arbeitnehmern gemeldet und bedeutet dieses schon einen Reizfall für die Arbeitgeber. Wäre halt der Interessent dieser Arbeiter in den Betrieben mehr Geschlossenheit und Solidarität vorhanden, wäre es ausgeschlossen, daß der Siegerländer Arbeitgeberverband die Arbeiter so an der Nase herumzuführen könnte. So hätten auch die Arbeiter der Friedrichshütte alle Hände voll zu tun, die nach Art der Friedrichshütte sich an den Fräulein gewerkschaftlicher Arbeit bereichern. Schädiger Geizmisse, Denunziantentum und Kriecherei wuchert da wo kein Solidaritätssinn, kein Standesbewußtsein mehr vorhanden ist. Wo letzteres in Erscheinung tritt, haben es die Arbeitgeber leicht, die physische Arbeiterkraft so auszunutzen, daß die Reizgewinne des Arbeiters darunter leidet. Vorwiegend handelt die Friedrichshütte bezüglich Wiedereinführung der dreigeteilten Schicht, indem noch alle Meister und Angestellten, die für die dritte Schicht in Frage kamen, vorhanden sind, trotzdem seit dreiwertel Jahr die Arbeiter die Zwölfte Schicht gehen. Der Christl. Metallarbeiterverband steht in der Zwölfschicht der Arbeiter eine Verbindung an der Verantwortlichkeit. Heute noch mehr wie früher. Die Produktion an den einzelnen Höfen ist erheblich gesteigert. Die täglich zu bewegende Eisen- und Erzmenge einzelner Arbeiterkategorien wird dadurch naturgemäß erhöht ohne daß dafür bessere technische Vorrichtungen geschaffen wurden. Ausschauen und kleinere Aufpassungen kann man nicht mehr in solchen Betrieben. Soll für die Arbeiter der Schwerindustrie die notwendige Versorgung der Arbeitszeit kommen und will sie das teilweise Abbrechen in absehbarer Zeit wieder zurückholen, ist Gehalt von Jahr Ausdauer aller Mitarbeiter erforderlich. Ein für reger Meinungs-austausch erfolge nach den Ausführungen und wurde gegen 10% Uhr die anregende Versammlung geschlossen.

Schiffelung: Georg Weber. Verlag: Franz Weber, Duisburg. Druck: Vereinigte Verlags- und Druckerei-Gesellschaft mb.H. (Echo vom Niederrhein & G. Kellen), Duisburg.

## Branchenbewegung

### Schlosser.

In Nr. 41 unseres Verbandsorgans brachten wir ein Urteil des Duisburger Gewerbegerichts, welches sich mit der Tarifrage der Schlosser-Zunft beschäftigte. Das Gewerbegericht stellte fest, daß der Tarifvertrag noch zu Recht bestünde und wurde deshalb die Zunft verurteilt, den tarifmäßigen Urlaub zu gewähren.

Nunmehr wurde seitens unseres Verbandes auf Grund des Urteils eine Lohnforderung gestellt, die, wie nicht anders zu erwarten, von der Zunft abgelehnt wurde.

Der Schlichtungsausschuß, der nun angerufen wurde, fällt in seiner Sitzung vom 25. Oktober folgenden Schiedsspruch:

### Schiedspruch:

#### In Sachen

1. des Christlichen Metallarbeiterverbandes,
2. des Deutschen Metallarbeiterverbandes,
3. des Gewerkschaftsvereins S.-D. zu Duisburg

#### gegen

die Schlosserzunft in Duisburg, fällt der staatliche Schlichtungsausschuß in Duisburg in der Sitzung vom 25. Oktober 1924, an welcher teilgenommen haben:

Gerichtsassessor Dr. Feuer als Vorsitzender, Goldschmiedfabrikant Verlohr, Schlossermeister Schönau, Schlossermeister Rheinert,

als Arbeitgeberbeisitzer;

Gew.-Sekt. Graf,

Gew.-Sekt. Hartmann,

Gew.-Sekt. Willms,

als Arbeitnehmerbeisitzer;

nach veräugter Einigung der Parteien einstimmig folgenden Schiedsspruch:

1. Das zwischen den Parteien z. Zt. bestehende Rechtsverhältnis bleibt bis zum 1. Dezember 1924 in Kraft.

Sollte bis zu diesem Tage ein Bezirksarbeitsvertrag nicht zustande gekommen sein, so soll entweder der alte Tarifvertrag vom 1. Oktober 1919 mit dem Nachtrag vom 1. Oktober 1920 wieder in Kraft treten oder ein neuer örtlicher Tarifvertrag vereinbart werden.

2. Mit Wirkung vom 25. Oktober 1924 beträgt der Spitzenlohn des Handwerkers über 24 Jahre 0,75 Mark.

Erklärungsfrist bis 1. November 1924.

gez. Dr. Feuer.

Von beiden Parteien angenommen.

Beglaubigt.  
Sennewald, Gerichtsschreiber.

Kollegen! Zieht hieraus die richtige Nutzenwendung! Sorgt für reiflichen Zusammenschluß aller im Zunftgewerbe beschäftigten Handwerker, denn nur dann wird es möglich sein, eure Interessen wirksam zu vertreten.

## Bekanntmachung

Sonntag, den 7. Dezember ist der 50. Wochenbeitrag fällig.

Das Mitglied Bernh. Walter aus Gelsenkirchen, Buch Nummer 210 421 wird auf Antrag eines Schiedsgerichts zur Schlichtung von Streitigkeiten (§ 13 der Verbandsstatuten) wegen Schädigung der Verbandsinteressen aus dem Verbandsverhältnis ausgeschlossen.

## Briefkasten

**Nach Köln.** Infolge eines Versehens der Druckerei ist in Nr. 46, Artikel „Vor den Toren der Zukunft“ Absatz 3, ein Fehler unterlaufen. Es muß heißen: Jede Bewegung, gleich welchen Standes und welcher Schicht, zieht ihren Aktionsradius zunächst von dem mehr instinktiv empfundenen als von standesmäßig durchdachten egoistischen Standpunkt. Dabei braucht das Wort Egoismus usw.

**Nach Gelsenkirchen.** Du glaubst vielleicht, du seiest ein Vertrauensmann, wenn du nach 3 Wochen die „Brosen“ schon wieder hinwegwuschst, mit dem Bemerkten, andere machen es auch so. Bist du denn der Meinung, daß man mit solchen Krümpfern etwa dem Kapitalismus beikommen könne. Dann bist du aber auf dem Holzwege. Die Arbeiterschaft zingt sich nicht höher durch Müßiggänger, sondern durch energische Vertrauensleute, die wissen, was sie wollen.

**Nach Menden.** Besten Dank für die Liebesgabe der Jugend. Kollege J. hatte in überreicher Freude über das Geschenk mit wenigstens noch das schöne Bändchen überbracht.

**Nach Bochum.** Bildung, lieber Freund, ist etwas anderes als Fälschung. Da müßt du schon die Klauen in die Erde sehen und das Wollen lernen. Bearbeite das Gefasene zunächst innerlich gründlich, bevor du es aus dem Gehege der Fälscher als Worte entläßt. Vor allem auch mal wieder ein bisschen schweigen und zuhören lernen. Es gibt nichts Komischeres, als wenn man z. B. in Wahlversammlungen 17-, 18jährige im Handumdrehen Probleme „lösen“ hört, über die sich weißhaarige Forscher den Kopf zerbrechen.

## Die Metallwirtschaft

Nachdem Erzeugung und Verbrauch an Metallen während der Kriegsjahre infolge des großen Bedarfs für Munition und Kriegsmaterial Spitzenleistungen aufwies, welche auch die Konjunkturjahre früherer Zeiten in den Schatten stellten, trat nach dem Jahre 1918 ein gewaltiger Rückgang ein. Von diesem Rückgang sind insbesondere die Metallwirtschaft nicht bloß Deutschlands, sondern ganz Europas, weniger diejenige der Vereinigten Staaten von Amerika betroffen. Auch diese Tatsache kann als eine der Passivposten des Versailler Vertrages gebucht werden. Nach den neuesten statistischen Zusammenstellungen der Metallgesellschaft, Frankfurt a. M., der die nachfolgenden Ziffern entnommen sind, hat die Metallwirtschaft des Jahres 1923 seit Kriegsende um den ersten Male den Umfang aus der Zeit vor dem Kriege überschritten.

Das Jahresmittel aus Bergbau, Verhüttung und Rohmetallverbrauch betrug für die fünf Hauptmetalle (in Tausend Tonnen):

	Aluminium	Blei	Kupfer	Zinn	Summe
1909—1913	50	1144	949	914	3178
1914—1918	123	1122	1240	962	3577
1919—1923	137	973	919	706	2854
1923	166	1168	1222	974	3566

In Gewichtsprozenten der Summe ausgedrückt verhielt sich die Bedeutung der fünf Hauptmetalle folgendermaßen zueinander:

	Aluminium	Blei	Kupfer	Zinn	Summe
1909—1923	1	36	30	29	100
1914—1918	3	32	35	26	100
1919—1923	5	34	32	25	100
1923	5	32	33	27	100

Es ergibt sich somit eine zunehmende Bedeutung des Aluminiums, das sich insbesondere in der elektrotechnischen Industrie, im Automobilbau und Luftschiffbau neue Gebiete erobert und sicher noch nicht am Gipfel seiner Verwendungsmöglichkeit angelangt ist. Wesentlich beeinflusst wird dieselbe natürlich von der Preisstellung des Metalls. Als erfreuliche Tatsache ist zu buchen, daß sich der Preis, ausgenommen das Jahr 1919, in Deutschland durchweg niedriger stellte, als in den übrigen Produktionsländern, insbesondere der Vereinigten Staaten. Bedauerlich bleibt trotzdem das allgemeine Ansteigen der Preise im letzten Jahr, für das eine Begründung weniger in vermehrten Produktionskosten, als der Ausnutzung guter Konjunktur zu suchen ist. In der Erzeugung von Aluminium gewinnt Deutschland in Europa zunehmend an Bedeutung. Betrug die Erzeugung im Jahre 1913 in den Ländern Schweiz, Deutschland und Deutsch-Österreich zusammen nur 12 000 Tonnen, so war die Produktion im Jahre 1923 in Deutschland allein, trotzdem ein bedeutendes Werk im besetzten Gebiet (Erfurt) infolge des Ruhrkampfes monatelang stilllag, 16 100 Tonnen. Hierdurch wurde eines der ältesten Produktionsländer, die Schweiz, mit einer Erzeugung von 15 000 Tonnen überholt und hat in Europa nur noch Frankreich mit 17 000 Tonnen einen kleinen Vorsprung. Nach Fertigstellung des im Bau begriffenen und fast vollendeten Zwerkes (Bayerische Aluminium A.G.) dürfte auch dieser Unterschied noch weggemacht werden, und rückt dann Deutschland in der Weltproduktion an die zweite Stelle hinter den Vereinigten Staaten, die allerdings mit ihren 90 000 Tonnen Erzeugung weitaus den Vorrang genießen. Der Aluminiumverbrauch in Deutschland betrug im letzten Jahr 21 300 Tonnen und steht somit jetzt schon an zweiter Stelle. Dieser Bedarf konnte durch eigene Erzeugung nicht gedeckt werden.

Eine bedenkliche Erscheinung ist die anhaltende Zurückdrängung Europas in seiner Bedeutung in der Metallwirtschaft.

Die Bergwerksproduktion (Ruhinhalt der Erze) sank im Verhältnis zur Weltwirtschaft in folgender Weise:

	1913	1922	1923
an Blei von	29%	19%	18%
Kupfer	13%	7%	7%
Zinn	42%	26%	21%
Aluminium	5%	2%	1%
Gesamt:	28%	17%	16%

Die Beteiligung an der Hüttenproduktion sank:

	1913	1922	1923
an Blei von	47	24	24
Kupfer	19	9	8
Zinn	68	45	43
Aluminium	26	21	28
Gesamt:	59	66	38
	44	26	25

Diese Ziffern reden eine ernste Sprache. Die Durchforschung der Erde nach neuen und wertvollen Fundstellen macht große Fortschritte. Der Natur nach muß dies außerhalb Europas in bisher unerforschten Gebieten günstige Ergebnisse zeitigen, als in dem schon durchsuchten Boden unseres Erteils. Es erweist sich aber auch die zunehmende Industrialisierung anderer Erdteile, die nicht mehr bloß Rohstofflieferanten sein wollen, sondern in stärkerem Maße zu eigener Verhüttung und Verarbeitung übergehen, den Vorrang eigener Rohstoffquellen voll auswertend. Die immer schwieriger werdende Lage Europas bedingt äußerste Anstrengung und Konzentrierung der industriellen Kräfte, um seine Stellung auf diesem Gebiete zu behaupten oder zum mindesten nur schrittweise davon preiszugeben. Die politischen Wirren und die damit verbundene Unruhe im Wirtschaftsleben tragen aber wesentlich zu dieser unerfreulichen Entwicklung bei. Diese Erkenntnis verlangt gebieterisch die Befriedigung Europas.

Die Lage Deutschlands beeinflusst diese Entwicklung nachhaltig. Abgesehen von der oben schon behandelten günstigen Gestaltung der Produktionsziffern von Aluminium weist die Erzeugung der übrigen Metalle durchweg einen beträchtlichen Rückgang auf, und zwar in der Bergwerksproduktion (Metallinhalt in Tonnen) von:

	1913	1922	1923
Blei	79 000	40 000	28 000
Kupfer	26 900	17 000	17 000
Zinn	250 300	75 000	35 000

	1913	1922	1923
Blei	188 000	65 000	35 000
Kupfer	41 500	32 000	25 000
Zinn	281 000	72 000	40 000
Zinn	12 000	5 500	3 800

	1913	1922	1923
Blei	230 500	143 000	59 500
Kupfer	259 700	148 100	96 100
Zinn	232 000	75 700	66 100
Zinn	19 900	12 200	7 900

In diesen Ziffern spiegeln sich nicht nur die Verluste wieder, die wir an Produktionsstätten durch die Friedensbedingungen erlitten haben, sondern auch der bedeutende Rückgang unseres gesamten Wirtschaftslebens, insbesondere im Jahre des Ruhrkampfes. Deutschland verlor auf der ganzen Linie an Boden. Es stand 1913 in der Hüttenproduktion von Blei an 1. Stelle hinter den Vereinigten Staaten und Spanien, jetzt aber an 8. Stelle nach Mexiko, Australien, Kanada, Indien und Belgien,

von Kupfer an 5. Stelle nach den Vereinigten Staaten, Japan, Großbritannien, Australien, und hat diese Stelle behauptet, wobei Australien (letzteres verbannt seine Entwicklung der Durchführbarkeit der elektrolytischen Zinkverhüttung),

von Zinn an 4. Stelle nach Straits Settlements, Großbritannien und Banka, jetzt an 5. Stelle nach China.

Ein ähnliches Bild ergibt der Verbrauch dieser Metalle in Deutschland: Es rückt im Blei- und Kupferverbrauch von der 2. auf die 4. Stelle; in Zinnverbrauch von der 2. auf die 5. und im Zinnverbrauch von der 3. auf die 4. Stelle.

Deutschland ist somit sowohl in der Erzeugung, wie in der Verarbeitung dieser Metalle zurückgedrängt und von anderen Staaten zum Teil weit überholt worden. Die Auswirkung der Gebietsverluste, des Ruhrkampfes und der sich anschließenden schweren Wirtschaftskrise wird hier augenscheinlich. Es wird Jahre schwerer Arbeit bedürfen, um das verlorene Terrain wenigstens teilweise wiederzugewinnen.